

gewaltigen Aufwand an Kosten hinzuweisen, die durch diese leider nicht vollendete Gesetzesvorlage entstanden sind. Sichtlich sind 1 1/2 Millionen Mark hierfür nicht zu niedrig berechnet.

Abgesehen von den regelmäßig wiederkehrenden Vorlagen, wie Rechenschaftsbericht, Staatshaushaltsetat, Etat der Brandversicherungskammer, Verträge und Nachweisungen über die königlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, über den Domänenfonds, über die Verwaltung der Landesbrandversicherungsanstalt, die vorläufige Erhebung der Steuern und Abgaben, die Wahlen für den Landtagsauschuß zur Verwaltung der Staatsschulden und für den Staatsgerichtshof, sind bei den Kammern während der abgelaufenen Session noch folgende Gesetzesvorlagen zugegangen, die auch nahezu sämtlich erledigt werden konnten:

Die Entwürfe von Gesetzen über die Versorgung der Hinterlassenen von Staatsdienern, zur Abänderung des Gesetzes über das Staatsschuldbuch, über die Revierwasserlaufanstalt zu Freiberg, wegen Änderungen von Landesgesetzen über die freiwillige Gerichtsbarkeit, über die Versorgung der Hinterlassenen der evangelisch-lutherischen und evangelisch-reformierten Geistlichen, sowie über die Versorgung der Hinterlassenen von Lehrern, wegen Abänderung des Gesetzes über die Gymnasien, Realschulen und Seminare vom 22. August 1876, wegen Abänderung der Gesetze über die Wohnungsgeldzuschüsse, über die Tagelöhner und Reisekosten der Zivilstaatsdiener, wegen Aenderung und Ergänzung von Bestimmungen der revidierten Landgemeindeordnung, über die Errichtung eines Amtsgerichts in Schönewald, ferner die Entwürfe eines Gemeindesteuergesetzes, eines Pfarrbefolgungsgesetzes usw., eines Kirchengesetzes zur weiteren Abänderung der Kirchenverordnungs- und Synodalordnung, eines Kirchengesetzes über Kirchengemeindevorstände, eines Kirchen- und Schulsteuergesetzes, sowie eines Gesetzes zum Kirchenese über den Haushalt der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, eines Gesetzes über die Zusammenlegung des Landtagsauschusses zur Verwaltung der Staatsschulden, eines Volkschulgesetzes, eines Gesetzes über die Bezirksverbände und selbständigen Städte, sowie deren Vertretung, der Gesetze über statistische Vorschriften der Universität Leipzig, zur Ausführung des Reichszuwachssteuergesetzes und über die Anstaltsfürsorge an Geisteskranken, eines Fischereigesetzes, die Gesewntwürfe über die Verwendung von Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken und die Oeffnung von Leichen, über die Abänderung des Gesetzes wegen Umgestaltung des Landesfiskalrates, über die Unterhaltung und Ährung der Zuchtstätten, zur Aenderung der Gesetze über die Handels- und Gewerbekammern, über die Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft, über die Hilfsvergeziehung, das Gewerbesteuergesetz über die Zollverren im Gebiete der Zwickauer Mulde. — der Gesewntwurf über die Gewährung einer außerordentlichen Aufwandsentschädigung an die Mitglieder der Ständeversammlung. — ferner die Dekrete über mehrere Eisenbahnanlagen, Stat-Mutträge und Stat-Ergänzungen, über den mit dem Fürstentümern Neuch. ä. R. abgeschlossenen Staatsvertrag wegen des Anschlusses der Fürstentümer an das sächsische Oberverwaltungsgericht, über die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914, — die Denkschriften über die Organisation der königlich-sächsischen Staatseisenbahnverwaltung, über die Einrichtung staatlicher Motowagenlinien im Königreiche Sachsen und über die Verwendung von Elektrizität zur Zugbeförderung im Bereiche der königlich-sächsischen Staatseisenbahnen, endlich das Dekret wegen Gründung der Deutschen Bücherei in Leipzig.

Außerdem gingen bei den Kammern nicht weniger als 42 selbständige Anträge gegen nur 31 in der Session 1909-1910 ein. Diese Anträge sind mit nur wenigen Ausnahmen von beiden Kammern behandelt worden. Von den eingebrachten 23 Intervallationen wurden 20 beantwortet und besprochen, während zwei zurückgezogen und eine unerledigt geblieben ist. Die Registrandeneingänge bei der Zweiten Kammer umfassen nicht weniger als 6311 Nummern gegen nur 2818 in der Session 1909/10. Naturgemäß hatte die Beschwerde- und Petitionsdeputation hiervon nicht weniger als 3189 Beschwerden und Petitionen zu erledigen. 49 Vorlagen erhielt die Rechenschaftsdeputation zur Bearbeitung, 531 die Finanzdeputation A, 604 die Finanzdeputation B und 538 die Gesetzgebungsdeputation. 1178 Druckberichte, Petitionen usw. hatte außerdem die außerordentliche Deputation für die Beratung eines Volksschulgesetzes zu erledigen. 519 Druckfachen erhielt die Zwischendeputation für die Beratung der Entwürfe eines Gemeindesteuergesetzes, sowie eines Kirchen- und eines Schulsteuergesetzes, 82 die Zwischendeputation für die Beratung des Entwurfes eines neuen Volksschulgesetzes und eine Druckfache die Zwischendeputation für die Beratung des Entwurfes eines Bezirksverbandsgesetzes, die allerdings überhaupt nicht in Tätigkeit getreten ist, weil der Entwurf bekanntlich von der Ersten Kammer abgelehnt wurde und weil die Staatsregierung auf eine Aenderung in der Zweiten Kammer verzichtete.

Wie bereits oben erwähnt, sind — abgesehen von dem Volksschulgesetz — die meisten wichtigen Gesetzesvorlagen, insbesondere die drei neuen Steuergesetze, von den Kammern verabschiedet worden. Nur das Bezirksverbandsgesetz, das Fischereigesetz, das Pfarrbefolgungsgesetz und einige kleinere Vorlagen konnten nicht mehr zur Verabschiedung gelangen.

Im allgemeinen kann also der nunmehr geschlossene Landtag mit Befriedigung und Genugtuung auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Die Verhandlungen würden vielleicht oft noch mehr gefördert worden sein, wenn nicht die bedauerliche Zersplitterung der bürgerlichen Parteien in der Zweiten Kammer ein Hindernis gewesen wären. Durch diese nicht wegzuleugnende Tatsache ist es leider gekommen, daß die kostbare Zeit des öfteren mit Parteigekänk und leider auch einige Male mit persönlichen Angriffen usw. vergeudet worden ist. Auf der anderen Seite hatte die sozialdemokratische Fraktion hierdurch freies Spiel. Die Abgeordneten

der Linken konnten, ohne daß sie von den bürgerlichen Parteien hieran gehindert wurden, ihren oft zahlreich auf der Tribüne antretenden Genossen die Freude bereiten, von hervorragender Stelle aus über die Staatsregierung und über die bürgerlichen Parteien herzugehen. Erst in den letzten Tagen noch und zwar bei der Beratung der Interpellation über die Lebensmittelpreuerung hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Fleißner vom Reichertstättische aus eine 1/2stündige Rede über das nach seiner Meinung überall vorhandene große Elend und die Hungersnot, wobei er den vor Hunger auf der Straße zusammengebrochenen alten Veteranen der schon oft von der äuffersten Linken als Paradebeispiel benutzten worden ist, wieder in bengalischer Beleuchtung stehen ließ. Staatsminister Graf Bihthum v. Eckardt bemerkte hierauf sehr richtig, er habe den Eindruck gehabt, als wolle der Abgeordnete Fleißner nach außen hin nochmals zeigen, wie er mit der Regierung umspringen könne.

Es wird notwendig sein, daß die bürgerlichen Parteien in den kommenden Sessionen doch einen engeren Zusammenhalt und eine Uebereinstimmung bei wichtigen Fragen finden und daß sie immer nur das allgemeine Wohl und nicht die Parteisicht in erster Linie sprechen lassen. Dann wird es auch möglich sein, kerartige Volks- und Tribünenreden zu unterbinden, die dann noch zum Ueberfluh auf Staatskosten in den offiziellen Regierungsorganen zum Ausdruck gelangen. Eine bessere Propaganda kann sich ja die sozialdemokratische Partei überhaupt nicht wünscheln. Deshalb muß auf die Beseitigung dieses Uebelstandes das Hauptaugenmerk der bürgerlichen Parteien bereits im nächsten Landtage gerichtet sein.

Vom Balkan

Gefährliche Stimmung in Montenegro

Aus Cetinje sind in Wien Nachrichten eingetroffen, nach welchen dort ein Umsturz zu befürchten sei. Von den Truppen, die in einer Stärke von etwa 42000 Mann zum Kriegsbeginn gestellt worden waren, sind beinahe 6000 Mann gefallen, darunter viele Offiziere, die den besten Familien des Landes angehören. Die Zahl der Verwundeten und Kranken ist groß, und die wirtschaftlichen Folgen sind für das Land ernst, da eine Hungersnot droht. Die allgemeine Stimmung hat sich aber um so bedenklicher gestaltet, als das Hauptziel der ganzen Kriegsführung, der Fall von Skutari, nicht erreicht wurde, und die Aussichten, diese Stadt kein Friedensschluß zu erhalten, jetzt geringer sind. Skutari vielmehr zu dem als autonom zu erklärenden Albanien geschlagen werden dürfte. — Die Stimmung wendet sich demzufolge gegen den König Nikolaus. Die Lage der Dynastie ist nicht unbedenklich.

Montenegro und Serbien

Die Nachrichten über die gefährdrohende Lage in Cetinje können in Serbien nur Freude erregen. Schon lange besteht zwischen den Höfen von Belgrad und Cetinje große Rivalität. Der König von Montenegro trägt sich ja schon seit der Ermordung des Königs Alexander mit der Hoffnung, er werde dereinst beide Throne vereinigen und Herrscher aller Serben auf dem Balkan werden. Durch die Erfolge der serbischen Truppen hat sich das Blatt gegen ihn gewendet. Wer weiß, ob die vereinigte Herrschaft über das Serbentum sich nicht in ganz anderer Weise verwirklicht, als König Nikolaus es sich gedacht hat? (Nämlich durch König Peter von Serbien!)

Der österreichisch-serbische Konflikt vollständig beigelegt?

Nach einer Belgrader Meldung der „Köln. Ztg.“ hat der neu serbische Gesandte in Wien bei seinem Antrittsbefuch beim Grafen Berchtold das Einvernehmen zwischen Oesterreich und Serbien definitiv abgeschlossen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, doch weiß man, daß Serbien ein neutraler Adriatischen unter der Oberhoheit des Sultans zuseht.

Die Vorkonferenz über Albanien und Serbien

Eine offizielle Reutersmeldung aus London besagt: Die Vorkonferenz empfahlen, daß Albanien autonom werde mit der Stipulation, daß Serbien einen Handelszugang zum Adriatischen Meere garantiert erhalte. Die sechs Regierungen unterzeichnen den doppelten Vorschlag im Prinzip.

Telegraphisch wird weiter gemeldet:

Sofia, 20. Dezember. Den Blättern zufolge beabsichtigt das Kriegsministerium eine Reorganisation der militärischen Streitkräfte des Königreichs, um sie den durch den Krieg geschaffenen neuen Bedingungen anzupassen. Die Reserveoffiziere, die gegenwärtig unter den Fahnen stehen, werden aufgefordert werden, als aktive Offiziere beim Meere zu verbleiben.

Athen, 20. Dezember. Die Griechen haben auf Mithlene die Türken aus ihren vorgeschobenen Stellungen verjagt und Koron eingenommen. Sie sehen die Verfolgung des Feindes fort, dessen Kapitulation sicher ist.

Konstantinapel, 20. Dezember. „Neni Gazette“ schreibt: Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandsprotokolls ist ein Irrtum unterlaufen. Das vom türkischen Ministerkollektiv genehmigte und anfänglich von den Bulgaren angenommene Waffenstillstandsprotokoll hatte bestimmt, daß die belagerten Plätze provisorisch besetzt werden sollten. Als am folgenden Tage die Rechtsbestände der Pforte abwendend waren, legten die bulgarischen Delegierten einen anderen Protokollentwurf vor, der die Approvisionnement nicht zuließ. Dieser zweite Entwurf wurde irrtümlicherweise oder aus Zeitmangel unterzeichnet. Da für den Fall der Teilnahme Griechenlands die Friedensverhandlungen ein bis zwei Monate dauern können, wurden die türkischen Friedensbefehlsmächtigen angewiesen, die Teilnahme Griechenlands an den Friedensverhandlungen nur unter der Zusatzbedingung der Approvisionnement der belagerten Städte während der Friedensverhandlungen zuzulassen.

Deutsches Reich

Dresden, den 21. Dezember 1912

Der Prinzregent von Bayern hat an den deutschen Kaiser nachstehendes Telegramm nach dem Neuen Palais gerichtet: „Es ist meinem Herzen ein Bedürfnis, Dir noch einmal tiefgefühlten Dank zu sagen für alle die Liebe, die Du meinem in Gott ruhenden Vater in den letzten Tagen erwiesen hast. Deine persönliche Teilnahme an den Beilegenlichkeiten und die Ergrungen, die Du dem teuren Verstorbenen durch die Arme und Marine zuteil werden ließest, sind ständige Beweise für die Jungkeit Deiner Beziehungen zum bayrischen Königsstamm, für die ich und ganz Bayern Dir aufrichtigen Dank wissen. Ludwig.“

Die günstige Entwicklung der Reichseinnahmen hält an; das Jahr 1912 gestaltete sich noch weit besser, als irgend jemand ahnte. Die Ergebnisse der ersten 8 Monate liegen vor; sie belaufen sich auf 1 109 174 115 Mark aus den Zöllen, Steuern und Gebühren gegen 1 093 428 019 Mark Einnahmen in den Monaten April bis November 1911. Bei einem Vergleich mit dem Vorjahre ist jedoch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Kassen in diesem Jahre vier Tage später als im Vorjahre abgeschlossen hat, und ferner, daß die Reichssteuerabgabe für einige Ziehungen von Staatslotterien, die im Vorjahre im Dezember zur Berechnung gelangte, in diesem Jahre bereits im November verrechnet worden ist. Bei Berücksichtigung aller dieser Punkte stellen sich die Gesamteinnahmen der Reichskasse an Zöllen, Steuern und Gebühren in dem abgelaufenen Teile des Rechnungsjahres 1912 mithin um rund eine Million Mark höher als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Dieser Vergleich aber übersteigt die künftigen Erwartungen, denn der Etat 1912 blieb in seinem Voranschlag um 65 Millionen Mark hinter den Ergebnissen von 1911 zurück. Man darf somit den sicheren Ueberfluh des Jahres 1912 auf mindestens 50 Millionen Mark schätzen, man kann sogar eine noch höhere Summe einsetzen.

Verfassungsänderung in Bayern. Wir haben schon mehrfach auf den Umland hingewiesen, daß es in der bayerischen Verfassung und im wittelsbachischen Hausstatut keine Bestimmung gibt, der zufolge der rechtmäßige König Otto trotz seines unheilbaren Wahnsinns, des Thrones verlustig erklärt werden könnte. Diese Lücke soll nach einer Münchener Meldung nun ausgefüllt werden. Der bayerische Ministerpräsident hat nämlich die Präsidenten des Landtags und die Parteiführer von einer Regierungsvorlage verständigt, die dem im Januar zusammentretenden außerordentlichen Landtag vorgelegt werden soll. Danach wird der Volksvertretung eine Verfassungsänderung vorgelegt werden, die zur Aufhebung der Regentenschaft führen soll.

Abluß der württembergischen Landtagswahlen. Bei den Landtagsproporzahlen, die am Donnerstag das Ergebnis der Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken ergangen, entfielen von 17 Kandidaten auf: das Zentrum 5, die Sozialdemokraten 4, die Volkspartei 4, die Konservativen und den Bund der Landwirte 3, die Nationalliberalen 1. Der neue Landtag setzt sich demnach aus 26 Mitgliedern des Zentrums, 20 Konservativen und Bund der Landwirte, 19 Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei, 17 Sozialdemokraten und 10 Nationalliberalen zusammen. Das Präsidium, das seither von dem Führer der württembergischen Volkspartei v. Bayer besetzt war, wird nun an das Zentrum fallen, dessen Fraktion mit 26 Mitgliedern die stärkste der neuen Zweiten Kammer ist.

Eine Universität Hamburg. Der Hamburger Senat hat, wie der Hamburger Korrespondent erzählt, eine Vorlage angenommen, nach der eine Universität zunächst mit drei Fakultäten, einer juristischen, einer philosophischen und einer kolonialwissenschaftlichen, errichtet werden soll. Die Kosten sollen in der Weise bestritten werden, daß ins Staatsschulbuch eine Schuld von 25 Millionen eingetragen wird, über deren Zinsen die Universität zu verfügen hat. Für die Erweiterung des Vorlesungsgebäudes hat ein hiesiger Bürger das erforderliche Kapital in Aussicht gestellt. Die Universität soll, wenn auch in durchaus freier Weise, nach dem Muster anderer deutscher Universitäten errichtet werden.

Ein fetter Pöbse. Generaldirektor Gerstenberg von der Versicherungsgeellschaft Viktoria tritt zurück und geht in den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Damit kommt in Wegfall die größte Lanteme, die je ein Direktor bezogen hat und die auf der letzten Generalversammlung beanstandet worden ist. Damals erwiderte der Vorsitzende des Aufsichtsrates auf die Ausführungen eines Oppositionsredners, der die zuletzt nahezu 700000 M. betragende Lanteme Gerstenbergs als zu hoch bezeichnete, daß der erste Vertrag mit Gerstenberg im Jahre 1888 geschlossen worden sei. Gerstenberg hätte damals ein relativ geringes Gehalt, daneben 2 Proz. Lanteme vom Reingewinn zugesichert erhalten. Jedenfalls sind solche Lantemen etwas Unerhörtes. Viel Unwille gegen die Viktoria ist auf diese Lanteme zurückzuführen; in den Reihen der Versicherungsgegesellschaften selbst war man sehr wenig erfreut über dieses Verträge.

Aus dem Ausland

Oesterreich-Ungarn

Zur Demission des Bürgermeisters von Wien, Dr. Reumayer, wird weiter aus Wien berichtet: Diese Resignation hängt mit den Anglisten zusammen, die in letzter Zeit wiederholt und in der gestrigen Gemeinderatsung neuerlich gegen Bürgermeister Dr. Reumayer gerichtet wurden. Das Alter und zunehmende Schwachheit liegen dem Bürgermeister diese Angriffe umso weniger ertragen, als diese immerwährenden Feinden auch die ruhige Amtstätigkeit des Bürgermeisters erschweren. So zieht es Dr. Josef Reumayer vor, seinen Platz, an dem große Arbeiten im Interesse der gesamten Bürgergeellschaft zur Erfüllung drängen, einem Nachfolger zu übergeben der mit größerer Wehrhaftigkeit den gefährlichen Gegnern der christlich-sozialen Gemeindegewalt entgegenzutreten vermag. Es darf nicht vergessen werden, daß die Wahl Dr. Reumayers schon zur Zeit, als sie erfolgte, nicht als ein Definitivum angesehen wurde und der letzte Schritt die Bahn frei macht für